



KRIM

■ ANALYSE		
Die russische »Integrationsstrategie« für die Krim		2
Von Yulia Tyshchenko, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Die aktuelle Krim-»Regierung«		5
■ STATISTIK		
Finanzielle Abhängigkeit der Krim vom Kreml		8
Nominallöhne der »Staatsbeamten« auf der Krim		9
Vermögenserklärungen der Krim-»Anführer«		10
■ UMFRAGE		
Die Meinung der Russen über die Krim nach drei Jahren Annexion		11
■ ANALYSE		
Staatsdumawahlen auf der Krim		12
Von David Szakonyi, Washington		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken zu den Wahlen auf der Krim		16
■ DOKUMENTATION		
Die jüngsten Resolutionen der internationalen Organisationen		18
zu den Menschenrechtsverletzungen auf der Krim		
Drohende Wasserkrise auf der Krim		20
■ CHRONIK		
8. – 21. Mai 2017		21

Die russische »Integrationsstrategie« für die Krim

Von Yulia Tyshchenko, Kiew

Zusammenfassung

Der Beitrag beschreibt die Etappen der Einführung russischer Verwaltungsorgane auf der Krim nach der Annexion sowie die zentralen Tendenzen der sozio-ökonomischen »Integration« der Krim in die Russische Föderation.

Einleitung

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion wird von der Russischen Föderation offiziell eine Politik der vollständigen »Integration« der Krim (einschließlich der Stadt Sewastopol) in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Recht, Politik und Staatsverwaltung verfolgt, welche bereits zum Jahresbeginn 2015 abgeschlossen sein sollte. Drei Jahre nach der Annexion wird aber immer noch von »Übergangsphasen« in verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen gesprochen. So gelten auf der Krim zum Beispiel bis jetzt besondere Regeln für Immobilien, Wohnungsbau, Boden- und Forstrecht und auch für das Katasterwesen. Dies weist auf die Schwierigkeiten hin, die die internationale Nichtanerkennung der Annexion bei der Umstellung rechtlicher Regeln verursacht, da der Erwerb von Eigentum auf der Krim von internationalen Sanktionen betroffen ist.

Trotzdem hat es Russland in relativ kurzer Zeit geschafft, auf der Krim die regionalen politischen Strukturen nach dem Vorbild der russischen Regionen umzugestalten. Vor diesem Hintergrund soll hier die »Integration« der Krim in die russischen Verwaltungs- und Machtstrukturen vorgestellt werden.

Eingliederung in das föderale System

Direkt nach der Annexion der Krim wurde im März 2014 der russische Föderalbezirk Krim (mit der Region Krim und der Stadt Sewastopol) gegründet – in Ergänzung zu den acht existierenden Föderalbezirken (oder Föderationskreisen), in die alle über 80 russischen Regionen zusammengefasst werden. Bevollmächtigter Vertreter des russischen Präsidenten im Föderalbezirk Krim wurde der russische Vizeadmiral Oleg Belawentsew. Er hatte einen großen Einfluss auf die Gestaltung russischer Politik auf der Krim.

Das russische Verfassungsgesetz vom 20. März 2014 legte die neuen Verwaltungsstrukturen der Krim und der unabhängigen Stadt Sewastopol als zwei neue russische Regionen fest. Die jeweiligen Leiter der Regionalverwaltung, der Vorsitzende (Ministerpräsident) der Republik Krim und der Gouverneur von Sewastopol, werden von den jeweiligen Regionalparlamenten gewählt. Am 11. April 2014 verabschiedete das Regio-

nalparlament der Krim, der »Staatsrat«, eine »Verfassung der Republik Krim«. Am 14. April 2014 wurde Sergej Aksjonow per Erlass des russischen Präsidenten als Ministerpräsident der Republik Krim bestätigt. Ebenfalls 2014 wurden für die Krim und Sewastopol jeweils zwei Vertreter im Oberhaus (Senat) des russischen Parlaments bestimmt.

Am 14. September 2014 fanden auf der Krim international nicht anerkannte Regionalwahlen statt. Es wurden 75 Abgeordnete gewählt, davon 50 nach Parteilisten und 25 in Einzelwahlkreisen. Im Ergebnis erhielt die Partei »Einiges Russland«, die von Präsident Putin unterstützt wird, 70 Sitze und die Liberal-Demokratische Partei des Populisten Wladimir Schirinowski 5 Sitze.

Zur »Integration« der Krim in das russische föderale System wurden im April 2014 Patenschaften zwischen den 14 Bezirken und zwei Städten der Krim und 16 russischen Regionen geschlossen. Damit bezweckte Russland »die schnellmögliche Übergabe einer Reihe von Modellvorschriften der kommunalen und regionalen Verwaltung an die neue Region der Russischen Föderation, mit dem Ziel die Integration der Krim in den Wirtschaftsraum Russlands zu unterstützen, den Bewohnern der Halbinsel die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit zu erleichtern, die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Maschinen zu fördern, die Wohnungswirtschaft zu modernisieren, die sozialen Bereiche zu organisieren, Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken und Freizeiträume zu renovieren, die erforderlichen Lehrbücher und Schulausrüstung sowie medizinische Geräte zu liefern und Bibliotheksbestände zu füllen.« Fast alle Aspekte der »Integration« wurden so mit Hilfe und unter der Aufsicht von russischen Fachleuten gestaltet.

In Moskau wurde zur »Integration« der Krim in die Russische Föderation eine Sonderkommission für die Angelegenheiten der Krim bei der russischen Regierung gegründet und der stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Kosak zum Kurator der Region ernannt. Am 31. März 2014 wurde außerdem in der russischen Regierung das »Krim-Ministerium« eingerichtet, das allerdings gut ein Jahr später, am 15. Juli 2015, wieder aufgelöst wurde. Nach der offiziellen Version hatte das

Ministerium seine Aufgabe der »Integration der Krim« erfüllt, doch nach Ansicht vieler russischer Experten war der wahre Grund für die Auflösung die Vielzahl von Korruptionsskandalen, Verzögerungen und Problemen bei den »Integrationsprogrammen«.

Während seiner gut einjährigen Tätigkeit schaffte das Ministerium nach offiziellen Angaben der russischen Seite »die rechtlichen Voraussetzungen für die Anpassung aller Bereiche der föderalen Region Krim und der Sozialdienste an das Rechtssystem in Russland. In dieser Zeit wurden 8 nationale Verfassungsgesetze, 32 nationale Gesetze und 600 Rechtsakte verabschiedet.«

Dies beinhaltete die Verabschiedung der entsprechenden russischen Verfassungsgesetze zur »Aufnahme« der Krim in die föderale Struktur des Landes, die Verstaatlichung ukrainischen Eigentums auf der Krim, die »Integration« in das russische Bildungssystem, die Durchführung von Wahlen zum Parlament der Krim, die schrittweise Einschränkung der Organe der regionalen Selbstverwaltung bei der Organisation von Programmen der sozioökonomischen Entwicklung der Region, welche nun von der russischen Regierung finanziert wurden, die aktive Einbeziehung von Führungskräften aus Russland und die Ausweitung der Militärpräsenz auf der Krim, auf der die russische Armee bereits vorher einen Flottenstützpunkt betrieben hatte.

Nach der Auflösung des Krim-Ministeriums wurden seine Aufgaben an das Wirtschaftsministerium übergeben. Zusätzlich wurde eine Regierungskommission für die Krim geschaffen, um »die direkte Koordination aus dem föderalen Zentrum zu gewährleisten«. Die Kommission war für die »Koordination und Interaktion aller staatlichen Einrichtungen und Organisationen in Fragen der sozioökonomischen Entwicklung der Krim und Sewastopols« zuständig.

Vertikale der Macht

Nach der Annexion verschwanden auf der Krim durch russischen Druck und Verbote bereits 2014 ukrainische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen, die nicht in Russland registriert waren. Schlüsselpositionen in den neu zur »Integration der Krim« geschaffenen russischen Machtstrukturen wurden sofort mit »Vertrauenspersonen des russischen Präsidenten« besetzt und die Gründung von Institutionen und die Besetzung der Leitungspositionen erfolgte schnell und fallspezifisch. Es fand eine gezielte Kooptation der ukrainischen Beamten der mittleren Ebene der Ministerien und Behörden auf der Krim statt, wobei der Logik des Vorzeigeeffektes gefolgt wurde. Ergänzend wurden russische Beamte auf die Krim versetzt. Aus Russland versetztes Personal ist besonders stark vertreten im Bereich der militärischen Präsenz auf der

Krim. Nach Angaben der russischen Statistik wurden bis November 2016 auf der Krim etwa 130.000 Zuzüge registriert, von denen 54.000 den Militärstützpunkt Sewastopol betreffen.

Gleich nach der russischen Besetzung der Krim wurden innerhalb einer Woche Strukturen der russischen Sicherheitsorgane (Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdienst) auf der Halbinsel gebildet. Dabei wurden zwei Modelle verwendet. Zum einen die Einführung aus Russland, zum anderen die Übernahme der vorhandenen ukrainischen Strukturen, letzteres vor allem im Falle des Innenministeriums, das die größte Institution der Halbinsel ist und zusammen mit der Staatsanwaltschaft die meisten »ukrainischen« Züge behalten hat. So wechselten nach Angaben des leitenden Militärstaatsanwaltes der Ukraine, Anatoly Matios, aus dem Jahr 2015, fast 5.000 ukrainische Polizisten in die russischen Strukturen auf der Krim. Von den 899 Beschäftigten der ukrainischen Staatsanwaltschaft der Krim kamen nach der Annexion nur 144 auf das ukrainische Festland. Offiziell hat die Ukraine Ermittlungsverfahren gegen 145 ehemalige Staatsanwälte der Krim wegen Staatsverrat eingeleitet.

Der russische Geheimdienst FSB hingegen schuf seine Strukturen auf der Krim durch »volle Rotation« des Personals. Nach den Angaben des Sicherheitsdienstes der Ukraine arbeiteten 2013 auf der Halbinsel 2.300 Mitarbeiter, nach der Annexion blieben nur 215 bei ihrem ukrainischen Arbeitgeber und wechselten auf das ukrainische Festland. Viele der auf der Krim verbliebenen Mitarbeiter kündigten den Dienst, einige wurden als Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes in anderen Regionen Russlands versetzt.

Im Ergebnis ist die Unabhängigkeit der regionalen Regierung der Krim mehr als fraglich, da seit März 2014 fast alle Schlüsselpositionen in Ministerien mit Beamten aus Russland besetzt sind. Offiziell plante die russische Regierung ab September 2015 die Stellvertreterposten in den Strukturen der Regionalverwaltung der Krim mit russischen Beamten zu besetzen, um die Arbeit der regionalen Regierung aus Moskau besser kontrollieren zu können (s. Dokumentation auf S. 5). Im Jahr 2016 stammte nur eines der 12 Mitglieder der Regierung Sewastopols aus Sewastopol, der Rest kam aus der Russischen Föderation. Gleichzeitig werden die wichtigsten Entscheidungen bezüglich der regionalen Entwicklung, Sozialpolitik und interethnischen Beziehungen im föderalen Zentrum Russlands getroffen.

Zweite »Integrationsphase«

Der Föderalbezirk Krim wurde per Präsidialerlass am 28. Juli 2016 aufgelöst und die Krim in den Föderalbezirk Südrussland eingegliedert. Mit der Statusände-

zung und dem Abschluss der »offiziellen Integration« verschwanden auf der Krim die speziellen Strukturen, die von der russischen Regierung nach der Annexion geschaffen wurden, wie zum Beispiel die ständige Vertretung des russischen Präsidenten auf der Krim.

Dies sollte die »vollständige Integration« der Krim in die Russische Föderation signalisieren. Die russischen Behörden hofften, dadurch auch die Sanktionen umgehen zu können, die nach der Annexion der Krim von der EU und den USA eingeführt wurden. Doch brachte die Statusänderung bisher keinen wirtschaftlichen Aufschwung.

Aufgrund der vielfältigen Probleme im sozio-ökonomischen Bereich ist die Krim eine der am stärksten subventionierten russischen Regionen geworden, im Föderalbezirk, der die ebenfalls stark subventionierten Regionen des Nordkaukasus umfasst (s. Grafik 1 auf S. 8). Nach seinen eigenen Berechnungen investierte der russische Staat innerhalb von drei Jahren mindestens 470 Milliarden Rubel in die Krim. Diese Summe übertrifft das regionale Bruttosozialprodukt des Jahres 2015 um das 1,6-fache.

Misswirtschaft

Ergebnis der umfangreichen Subventionen ist eine umfangreiche Misswirtschaft. Die russische Regierung beschuldigte die Regionalverwaltung der Krim wiederholt der Ineffizienz und Korruption. Zum Beispiel machte sie die regionale Regierung für das »Scheitern der rechtzeitigen Umsetzung von über hundert Maßnahmen des föderalen Zielprogramms (FZP)« verantwortlich. So waren zum Beispiel von 222 Bauobjekten, für deren Realisierung lokale Unternehmer verantwortlich waren, 124 nicht fertiggestellt worden. Der

stellvertretende russische Wirtschaftsminister, Sergej Nasarow, erklärte im April 2017, dass die Entwicklung der Krim in jedem Bereich Defizite aufweise, bei der sozialen Infrastruktur, im Bildungswesen und Gesundheitssystem, bei der Verkehrsinfrastruktur und der Energiewirtschaft.

Im selben Monat erklärte der stellvertretende russische Ministerpräsident Dmitri Kosak, dass die Umsetzung des »föderalen Zielprogramms zur Entwicklung der Krim und Sewastopols bis 2020« streng kontrolliert werden sollte. Ein entsprechender Entwurf des Wirtschaftsministeriums sieht die volle Kontrolle aller Maßnahmen durch das Ministerium sowie eine Schadensersatzpflicht der verantwortlichen Unternehmen vor.

Resümee

Einerseits zeugt die schnelle Schaffung russischer staatlicher Institutionen auf der Krim von strategischer Planung und lässt erhebliche Zweifel an der russischen Version einer »spontanen Wiedervereinigung« aufkommen. Andererseits ist die Abschaffung der speziellen Institutionen zur »Integration« der Krim, namentlich des eigenen Föderalbezirks und eines eigenen Ministeriums bei der russischen Regierung, schwerlich mit dem erfolgreichen Abschluss der »vollen Integration« zu erklären. Stattdessen ist die Krim eine der am stärksten subventionierten Regionen Russlands, deren sozio-ökonomische Entwicklung nicht in Schwung kommt. In diesem Zusammenhang sind auch die Enteignungen ukrainischer Unternehmen und die internationalen Sanktionen eine starke Belastung.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über die Autorin

Yulia Tyshchenko ist Leiterin des Democratic Processes Support Program beim Ukrainian Center for Independent Political Research – UCIPR in Kiew. Sie hat Projekte durchgeführt zu Schaffung und Entwicklung demokratischer Institutionen in der Ukraine, zur Organisation der Zivilgesellschaft, zu Wahlprozessen sowie zu Identitätspolitik und interkultureller Kommunikation, einschließlich interethnischer Beziehungen auf der Krim. Sie hat bereits im Nationalen Sicherheitsrat der Ukraine (2006–2008), in der Präsidentsverwaltung der Ukraine sowie am Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Ukraine gearbeitet.

Die aktuelle Krim-»Regierung«

Tabelle 1: Die aktuelle Krim-»Regierung«

Nr.	Name	Amt	Geburtsjahr	Kurzbiographie	soziale und regionale Herkunft	im Amt seit	Partei
1	Sergej W. Aksjonow	»Republikchef« – »Vorsitzender des Ministerrats«	1972	vor 2014 als Geschäftsführer tätig, 2010–2014 Gründungsmitglied der Partei »Russische Einheit«	lokale Elite	Apr. 2014	Partei »Russische Einheit« (2010–2014)
2	Larisa N. Opanasjuk	»Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats« – »Leiterin des Büros des Ministerrates«	1962	seit 2000 als Staatsbeamtin tätig	lokale Elite	Feb. 2014	-
3	Wera (Arina) W. Nowoselskaja	»Kulturministerin«	1976	seit 2009 als Staatsbeamtin tätig	lokale Elite	Feb. 2014	-
4	Natalia G. Gontscharowa	»Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Jugend«	1970	Erkundlehrerin und Staatsbeamtin (seit 2011)	lokale Elite	Feb. 2014	-
5	Elena W. Romanowskaja	»Ministerin für Arbeit und Sozialschutz«	1966	seit 2000 als Staatsbeamtin tätig	lokale Elite	Mrz. 2014	-
6	Sergej N. Schahow	»Minister für Notfallsituationen«	1955	seit 1979 als Staatsbeamter tätig	lokale Elite	Mrz. 2014	-
7	Gennadj P. Narajew	»Minister für Ökologie und Naturreourcen« – »Chefspezakteur«	1965	1982–2002 im Militärdienst; 2002–2008 als Geschäftsführer tätig	lokale Elite	Apr. 2014	KPRF (seit 2014); früher KPU
8	Oleg G. Schapowalow	»Justizminister«	1959	Rechtsanwalt	lokale Elite	Jul. 2014	-
9	Georgij L. Muradow	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats« – »Ständiger Vertreter der Republik Krim unter dem Präsidenten der RF«	1954	Staatsbeamter aus Moskau, 2010–2014 Leiter von Rosstrudnitschestwo*	russische Elite	Aug. 2014	-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die aktuelle Krim-»Regierung« (Fortsetzung)

Nr.	Name	Amt	Geburtsjahr	Kurzbiographie	soziale und regionale Herkunft	im Amt seit	Partei
10	Dmitrij A. Polonskij	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates« – »Minister für Innenpolitik, Informations- und Kommunikationspolitik«	1981	vor 2012 als Geschäftsführer tätig	lokale Elite	Okt. 2014	Partei »Russische Einheit« (2010–2014)
11	Alla N. Paschkunowa	»Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats«	1965	seit 1991 Staatsbeamtin in verschiedenen Funktionen	lokale Elite	Okt. 2014	-
12	Sergej B. Kononow	»Minister für Bau und Architektur«	1977	seit 2010 als Staatsbeamter tätig	lokale Elite	Okt. 2014	-
13	Anna W. Anjuchina	»Ministerin für Eigentumsverhältnisse«	1985	2006–2015 Mitglied der Kommunalregierung auf der Krim	lokale Elite	Jun. 2015	-
14	Sergej W. Srelbitskij	»Tourismusminister«	1963	Geschäftsführer und Beamter der Kommunalregierung	lokale Elite	Jun. 2015	»Einiges Russland« (seit 2014); früher Partei der Regionen, Unsere Ukraine
15	Aleksandr I. Golenko	»Gesundheitsminister«	1960	1995–2014 Mitglied der Kommunalregierung auf der Krim	lokale Elite	Okt. 2015	-
16	Swetlana A. Borodulina	»Energieministerin«	1973	Staatsbeamtin und Geschäftsführerin aus Russland	russische Elite	Nov. 2015	-
17	Irina W. Kiwiko	»Finanzministerin«	1970	Geschäftsführerin und Staatsbeamtin	lokale Elite	Dez. 2015	-
18	Witalij G. Nachlupin	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats«	1966	vor 2010 als Geschäftsführer tätig	Donbas-Elite	Jan. 2016	»Einiges Russland« (seit 2014); früher Partei der Regionen
19	Andrej G. Wasjuta	»Minister für Industriepolitik«	1965	vor 2016 als Geschäftsführer tätig	lokale Elite	Feb. 2016	-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die aktuelle Krim-»Regierung« (Fortsetzung)

Nr.	Name	Amt	Geburtsjahr	Kurzbiographie	soziale und regionale Herkunft	im Amt seit	Partei
20	Sergej W. Karpow	»Minister für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft«	1975	1996–2008 im Militärdienst in Russland	russische Elite	Jul. 2016	-
21	Jurij M. Gozanjuk	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats«	1966	vor 2016 Mitglied der Kommunalregierung	lokale Elite	Aug. 2016	»Einiges Russland« (seit 2014); früher Partei der Regionen
22	Elisaweta W. Koschtschewa	»Sportministerin«	1986	seit 2010 Staatsbeamtin auf der Krim	lokale Elite	Aug. 2016	-
23	Anatolij A. Wolkow	»Verkehrsminister«	1975	Staatsbeamter aus Russland	russische Elite	Aug. 2016	-
24	Igor N. Michajlitschenko	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats«	1972	1989–2015 im Militärdienst in Russland	russische Elite	Okt. 2016	-
25	Andrej W. Rjumschin	»Landwirtschaftsminister«	1964	Geschäftsführer im Bereich Agrarwirtschaft	lokale Elite	Okt. 2016	»Einiges Russland« (seit 2014); früher Partei der Regionen, SPU
26	Pawel E. Koroljow	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats«	1960	Staatsbeamter aus Moskau	russische Elite	Jan. 2017	-
27	Andrej G. Melnikow	»Minister für Wirtschaftsentwicklung«	1969	Staatsbeamter aus Moskau	russische Elite	Jan. 2017	-
28	Boris A. Simin	»Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats«	1973	Geschäftsführer aus Moskau	russische Elite	Feb. 2017	-

* Föderalagentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden Mitbürger und für internationale humanitäre Zusammenarbeit im Außenministerium der Russischen Föderation.

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <http://rk.gov.ru/rus/pravit.htm> und <http://politika-crimea.ru/>.

Finanzielle Abhängigkeit der Krim vom Kreml

Tabelle 1: Haushaltsführung auf der Krim in den Jahren 2013–2016, Milliarden Rubel

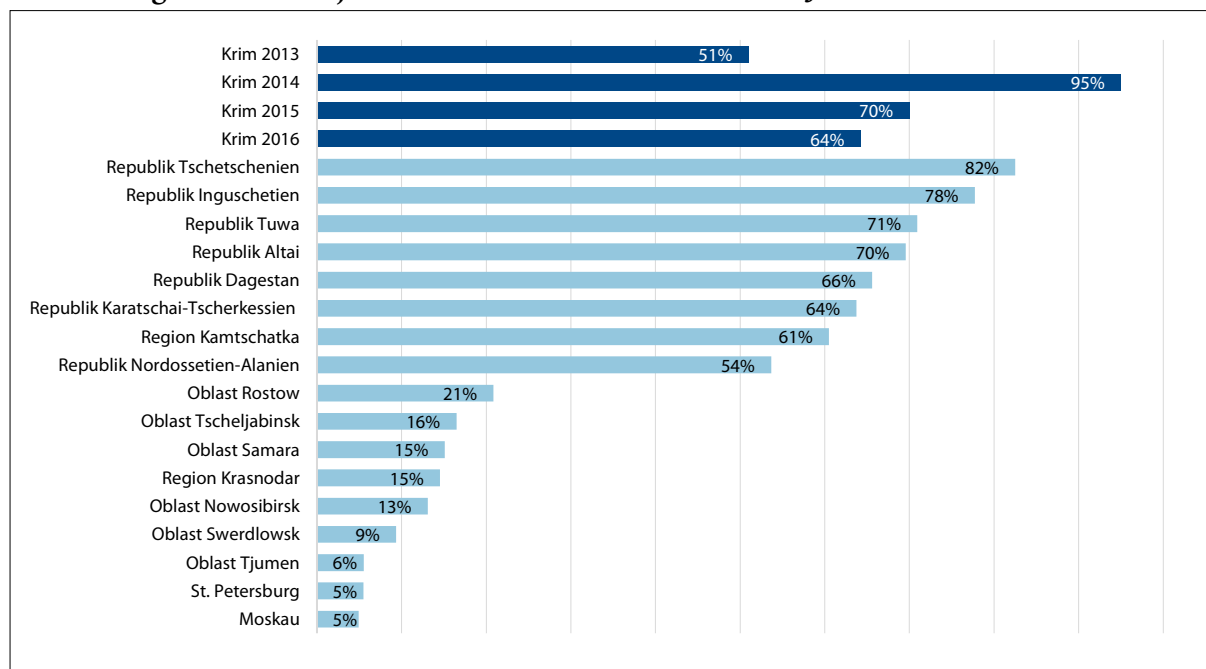
	2013 (Mrd. UAH)	2014	2015	2016	2017*
Steuern und nichtsteuerliche Einnahmen	2,4	19,8	25,6	30,3	33,7
Zuwendungen aus dem föderalen Staatshaushalt (für 2013: Mittel des Staatshaushalts der Ukraine)	2,7	107,5	66,1	76,6	98,0
Gesamteinnahmen	5,1	127,3	89,9	106,9	131,7
Gesamtausgaben	5,2	112,6	94,3	120,4	134,8
<i>davon für Wirtschaftsentwicklung</i>	<i>k. A.</i>	<i>k. A.</i>	30	47	50,4
%			32 %	39 %	37 %
Finanzielle Abhängigkeit vom Zentrum**	51 %	95 %	70 %	64 %	73 %

* geplant

** Zuwendungen aus dem föderalen Staatshaushalt/Gesamtausgaben

Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <<http://minfin.rk.gov.ru>> und <<http://crimea.gov.ru/>>.

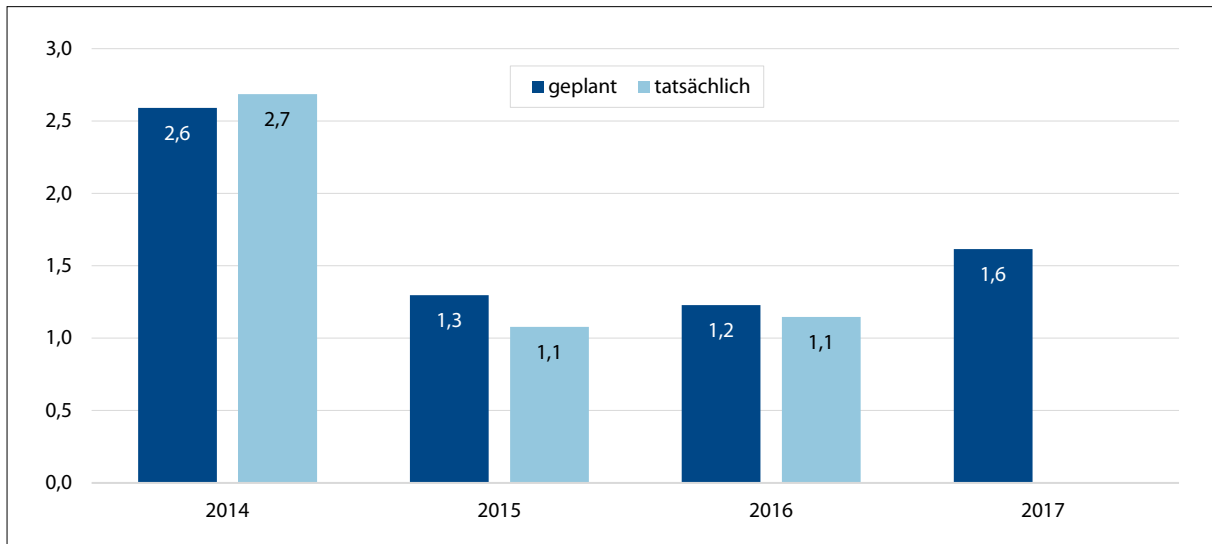
Grafik 1: Abhängigkeit von Zuwendungen aus dem Zentrum: Die Krim im Vergleich mit ausgewählten Subjekten der Russischen Föderation im Jahr 2016



Anmerkung: Der Koeffizient gibt den Anteil aller Zuwendungen an allen Ausgaben an. Die Vergleichsdaten für die Krim 2013–2017 verdeutlichen die Abhängigkeit der Krim vom de facto »Verwalter« (2013 Kiew, ab 2014 Moskau).

Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <<http://crimea.gov.ru/>>, <<http://minfin.rk.gov.ru>> und <<http://budget.mosreg.ru/analitika/sravnienie-subektov-rf/>>.

Grafik 2: Zuwendungen aus dem föderalen Staatshaushalt Russlands an die Krim in den Jahren 2014–2016, Milliarden US-Dollar

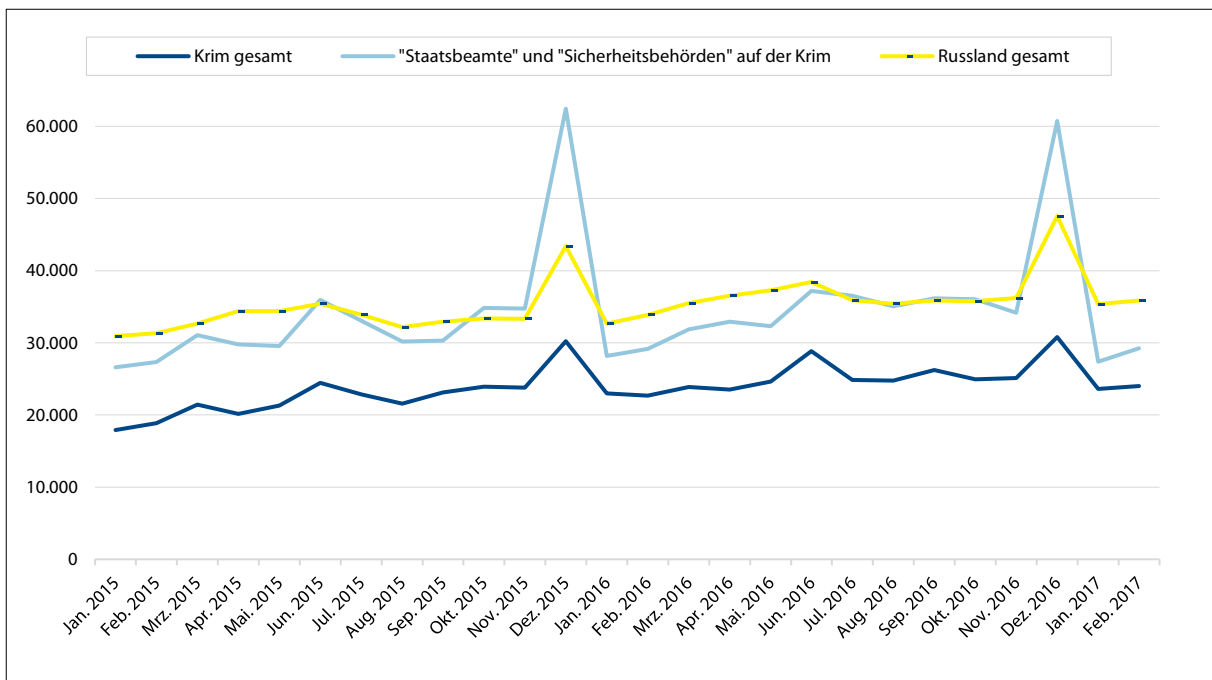


Anmerkung: Die Ausgaben wurden nach dem Durchschnittskurs der russischen Zentralbank für die jeweiligen Jahre umgerechnet. Für 2017 wurde der Kurs zum Jahresbeginn zugrundegelegt.

Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <<http://minfin.rk.gov.ru>>.

Nominallöhne der »Staatsbeamten« auf der Krim

Grafik 1: Durchschnittlicher Nominallohn der »Staatsbeamten« auf der Krim in den Jahren 2015–2016, Rubel



Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <<http://crimea.gks.ru/>> (<<http://bit.ly/2rqRAaP>>) und <<http://www.gks.ru/>> (<<http://bit.ly/2q9JaQa>>).

Tabelle 1: Durchschnittlicher Nominallohn der »Staatsbeamten« auf der Krim in den Jahren 2015–2016, Rubel

	»Staatsbeamte« und »Sicherheitsbehörden« auf der Krim	Krim gesamt	Russland gesamt
Jan. 2015	26.605	17.912	30.929
Feb. 2015	27.329	18.844	31.325
Mrz. 2015	31.048	21.422	32.642
Apr. 2015	29.792	20.130	34.377
Mai. 2015	29.545	21.314	34.380
Jun. 2015	35.941	24.462	35.395
Jul. 2015	33.051	22.838	33.901
Aug. 2015	30.177	21.570	32.176
Sep. 2015	30.292	23.135	32.911
Okt. 2015	34.815	23.933	33.357
Nov. 2015	34.764	23.790	33.347
Dez. 2015	62.449	30.222	43.408
Jan. 2016	28.182	22.979	32.660
Feb. 2016	29.156	22.687	33.873
Mrz. 2016	31.872	23.875	35.501
Apr. 2016	32.927	23.516	36.497
Mai. 2016	32.283	24.632	37.270
Jun. 2016	37.182	28.834	38.447
Jul. 2016	36.535	24.853	35.888
Aug. 2016	35.073	24.763	35.405
Sep. 2016	36.183	26.222	35.843
Okt. 2016	36.016	24.921	35.749
Nov. 2016	34.176	25.105	36.195
Dez. 2016	60.729	30.795	47.554
Jan. 2017	27.400	23.599	35.369
Feb. 2017	29.240	24.017	35.845

Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <http://crimea.gks.ru/> (<http://bit.ly/2rqRAaP>) und <http://www.gks.ru/> (<http://bit.ly/2q9JaQa>).

Vermögenserklärungen der Krim-»Anführer«

Tabelle 1: Vermögenserklärungen der Krim-»Anführer«, Millionen Rubel

	2014	2015	2016
Sergej Aksjonow, »Republikchef« – »Ministerpräsident«	4,6	4,8	35,5
Wladimir Konstantinow, »Parlamentschef«	2,8	9,1	83,9
Jährliches Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen auf der Krim	k. A.	0,3	0,3

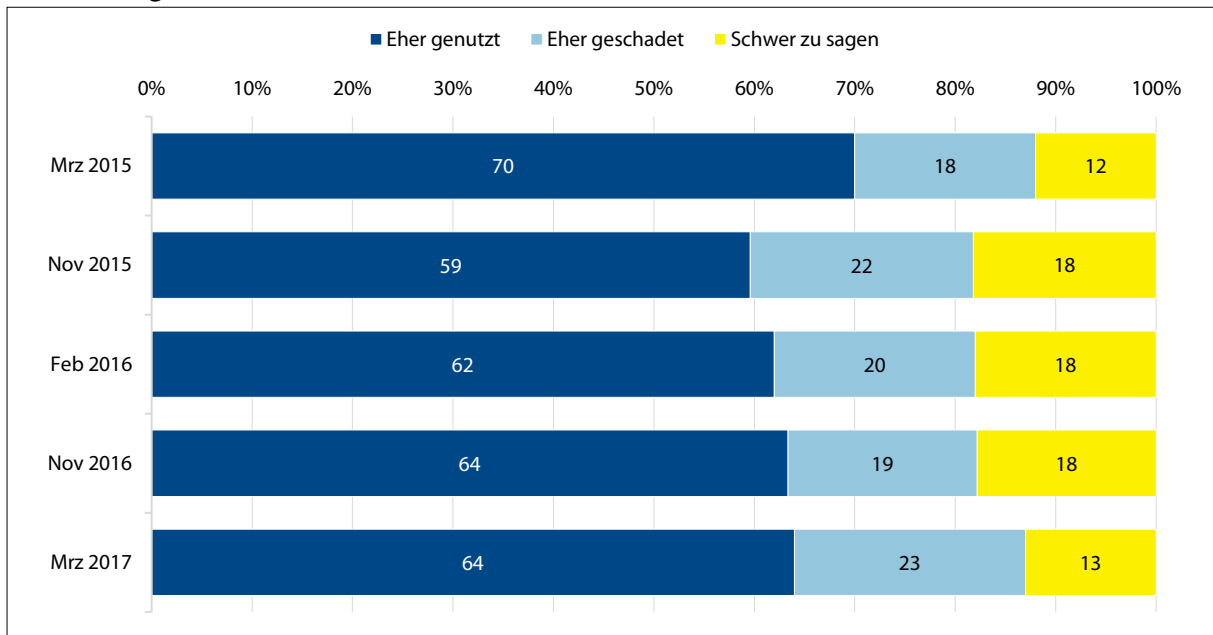
Anmerkung: Gesamteinkommen aller Familienangehörigen ohne Berücksichtigung anderer Vermögenswerte (z. B. Wohnungen, Autos, Grundstücke).

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von <http://www.crimea.gov.ru/deputy-page/225/dec> und <http://rk.gov.ru/rus/info.php?id=608870>. Das Durchschnittseinkommen auf der Krim - nach Angaben von <http://www.gks.ru/> (<http://bit.ly/2q9JaQa>).

UMFRAGE

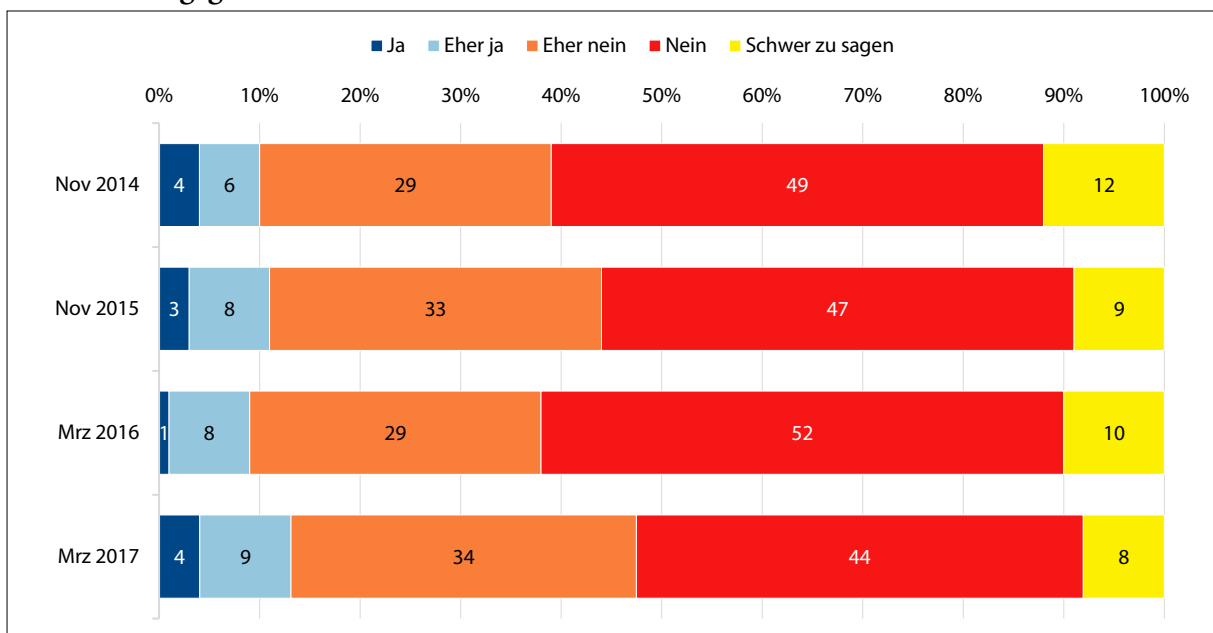
Die Meinung der Russen über die Krim nach drei Jahren Annexion

Grafik 1: Hat die Annexion der Krim Russland Ihrer Meinung nach eher genutzt oder eher geschadet?



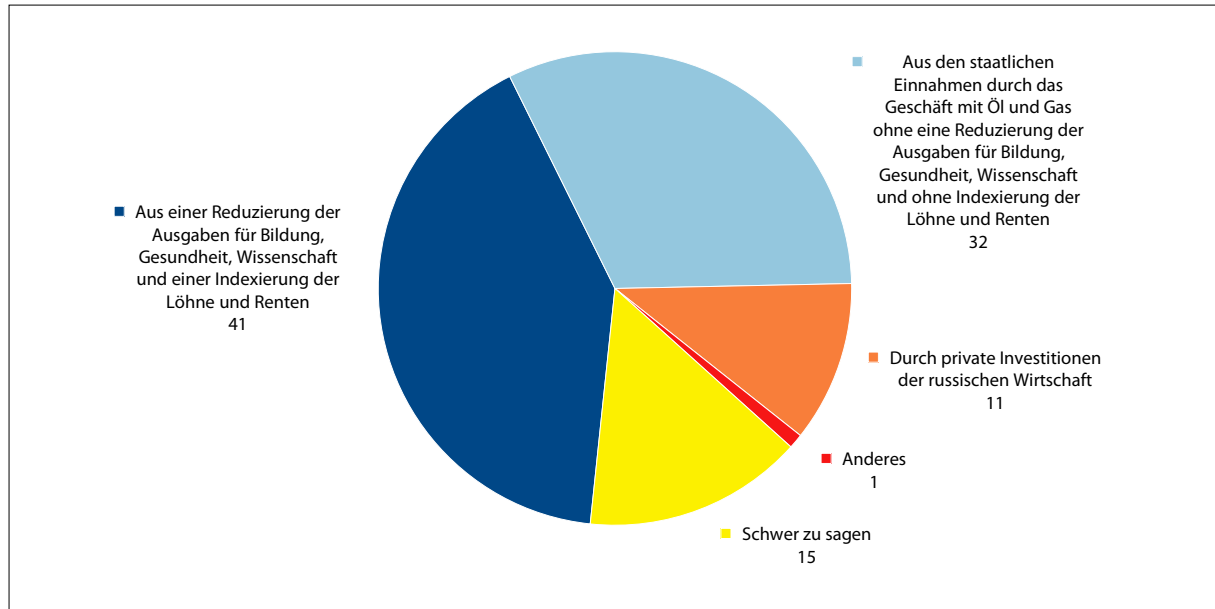
Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/18/15811/>>.

Grafik 2: Teilen Sie die Auffassung der Mehrheit der westlichen Bevölkerungen und der Ukraine, dass Russland sämtliche Nachkriegsabkommen, Vereinbarungen der postsowjetischen Zeit sowie das Völkerrecht verletzt habe, indem es die Krim an sein Territorium angegliedert hat?



Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/18/15811/>>.

Grafik 3: Die Annexion der Krim macht umfangreiche Investitionen durch Russland erforderlich. Woher kommen diese Mittel Ihrer Meinung nach?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 31. März bis zum 3. April 2017, <<http://www.levada.ru/2017/04/18/15811/>>.

ANALYSE

Staatsdumawahlen auf der Krim

Von David Szakonyi, Washington

Zusammenfassung

Wenig überraschend hat die Partei Einiges Russland die ersten auf der Krim abgehaltenen Dumawahlen seit über hundert Jahren gewonnen. Doch eine anhaltende Unzufriedenheit mit seiner Führungsqualität in Städten wie Sewastopol könnte Russlands Fähigkeit untergraben, eine Linie zu entwickeln, mit der die neue politische Landschaft auf der Krim dauerhaft in den Griff zu bekommen ist.

Russische Wahlen auf der Krim

2016 stimmte die Krim zum ersten Mal seit hundert Jahren bei Nationalwahlen als Mitglied der Russischen Föderation ab. Obwohl die überwiegende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft die Annexion der Region von 2014 nach wie vor nicht anerkennt, waren dort 1,8 Millionen Wähler stimmberechtigt, um Politiker zu wählen, die sie in der russischen Staatsduma vertreten sollen. Diese Wähler waren aufgerufen, sich zwischen einer Reihe politischer Parteien zu entscheiden, die sich erst jüngst gegründet und in der Krim-Politik miteinander konkurriert haben.

Viele Bürger auf der Krim hatten sich einen klaren Bruch mit der Politik der Zeit vor der Annexion erhofft – sie befanden sich nun in der Situation, aus einem kleinem Angebot von Eliten mit einer weit zurückreichenden Geschichte in der Region wählen zu müssen. Die Partei Einiges Russland gewann die Wahlen, indem sie einflussreiche Personen aus der Ukrainischen Partei der Regionen – die die Krim vor der Annexion dominiert hatte – und die Anführer des »Krimfrühlings« sehr erfolgreich politisch einband. Alle vier in Einzelwahlkreisen vergebenen Sitze gewannen Kandidaten von Einiges Russland, von den nach Verhältniswahlrecht

vergebenen Stimmen bekam die Partei über 70 Prozent. Ihre Zusammenarbeit mit früheren Eliten verschaffte Einiges Russland starken Gegenwind von Seiten der neuen politischen Kräfte, die auf die öffentliche Unzufriedenheit mit der Integration nach Russland setzten. Der heftige politische Kampf um die Abgeordnetensitze in Sewastopol zeigt die Herausforderungen, denen sich die in Zukunft regierende Partei stellen muss, um die lokale Politik nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Wahl- und Parteiensystem auf der Krim

Die russischen Staatsdumawahlen vom September 2016 fanden auf der Grundlage eines gemischten Wahlsystems statt. Die Hälfte der 450 Abgeordneten wurde über Parteilisten gewählt, die andere Hälfte über Einzelwahlkreise. Vier dieser Einzelwahlkreise lagen auf der Halbinsel Krim, davon einer in Sewastopol, als Stadt mit Regionalstatus. Etliche Krim-Politiker standen auch auf landesweiten Parteilisten, so dass bis zu acht Vertreter der Halbinsel in die siebte Staatsduma gewählt werden konnten.

Die Dumawahlen fanden unter den Bedingungen anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten der lokalen Bevölkerung statt. Seit der Annexion und der Verhängung von Sanktionen durch den Westen sind die Privatinvestitionen dramatisch zurückgegangen und die Inflation ist gestiegen. Umfangreiche Transferleistungen aus Moskau konnten einige Folgen dieser Entwicklungen abfedern (s. Grafik 2 auf S. 9), den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und das Fehlen einer funktionierenden Infrastruktur konnten sie jedoch nicht komplett kompensieren. Schadensbegrenzend wirkte sich die allmähliche Rückkehr des Tourismus aus, der das Niveau von vor 2014 jedoch noch nicht wieder erreicht hat – damals wurden die Häfen der Krim regelmäßig von europäischen Kreuzfahrtschiffen angefahren.

Nicht alle großen russischen Parteien waren mit der Krim-Politik vor der Annexion 2014 gänzlich unvertraut. Einiges Russland und die ukrainische Partei der Regionen nahmen in den 2000er Jahren erstmals Kontakt auf der Krim auf, als letztere dort die Lokalregierung stellte. Die Parteien hatten zahlreiche Ähnlichkeiten, unter anderem ihre breit aufgestellte Art des Regierens, die die Bedeutung von Ideologien herunterspielte und sich statt auf die Schaffung allgemeinen Wohlstands auf den Aufbau politischer Maschinen konzentrierte. Hochrangige Politiker von Einiges Russland bewarben die Zusammenarbeit der Parteien, indem sie Veranstaltungen auf der Krim organisierten, und nannten die Partei der Regionen 2005 sogar ihren »Schlüssel- und einzigen Partner in der Ukraine«.

Diese bereits vorhandenen Verbindungen steigerten die Wählbarkeit der Partei Einiges Russland nach

der Annexion der Krim. Einigen Beobachtern zufolge vollzog Einiges Russland direkt nach der Annexion eine nahezu komplette Übernahme des Wahlapparats der Partei der Regionen. Einiges Russland bezog die Zentrale der Partei der Regionen in Simferopol. Ehemalige Verwaltungsangestellte wurden wieder eingestellt, um für Einiges Russland zu arbeiten, und die Kandidatenlisten für regionale und föderale Wahlen füllten sich mit ehemaligen Mitgliedern der Partei der Regionen.

Es wurde allerdings nicht die komplette alte Garde übernommen. Eine lange, von der Partei der Regionen übernommene Mitgliederliste wurde zusammengestrichen. Einige der bekanntesten Gesichter von Einiges Russland (zum Beispiel Ministerpräsident Sergej Aksjonow und der Stellvertretende Ministerpräsident Michail Scheremet) aus prorussischen Parteien wie Russische Einheit waren vor der Annexion wesentlich weniger bekannt. Diese Strategie sollte viele beliebte Anführer des »Krim-Frühlings« einbinden, gleichzeitig wollte man vom Mobilisierungserbe profitieren, das die Partei der Regionen sich in der Region aufgebaut hatte. Im Herbst 2014 hatten Politiker von Einiges Russland bereits sowohl in Sewastopol als auch in der Republik Krim die Spitzen der legislativen und der exekutiven Institutionen übernommen und legten allmählich normale Züge einer Regierungspartei an den Tag.

Der Anteil der Partei bei den Dumawahlen geht stark auf Präsident Putin zurück, dessen Zustimmungsraten in den astronomischen Höhen verblieben sind, auf die sie nach der Inszenierung der Annexion auf der Krim gestiegen waren. Lokalen Führungsfiguren von Einiges Russland erging es allerdings weniger gut. Schon früh gab es die Befürchtung, dass korrupte lokale Netzwerke für Infrastruktur bestimmte staatliche Gelder abziehen und Immobilienverkäufe für private Interessen nutzen würden. Politiker wie der regionale Parlamentschef und Vorsitzender von Einiges Russland Wladimir Konstantinow sind eng mit großen Bauunternehmen verbunden und schaffen über ihre Autorität einen Teil der Aktionen für sich auf die Seite (s. Vermögensdeklarationen auf S. 10). Manche meinen, mit der Annexion habe sich die Situation nicht geändert – habgierige und machthungrige Eliten plagten die Region.

Systemkonforme russische Oppositionsparteien konnten nicht von der gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit den neuen Autoritäten profitieren. Die Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) und Gerechtes Russland hatten keinerlei Parteistrukturen aus der Zeit vor der Annexion, die sie ausbauen konnten, entsprechend schwer fiel es ihnen, Kader aufzubauen und fähige Führungsfiguren zu finden. Beide versuchten, aus Spaltungen innerhalb der Elite von Einiges Russland zu profitieren und über sie Kandidaten zu rekrutieren. Die Kommunistische Partei versuchte, Kandi-

daten vom russischen Kernland zu importieren, musste bei den Regionalwahlen 2014 jedoch zusehen, wie sich die Wähler vor Ort von den politischen Abenteurern abwendeten. Die Anzahl der Krim-Politiker ist zugegebenermaßen überschaubar, was ihre Rekrutierung wiederum erschwert.

Andere Akteure auf der Krim versuchten stattdessen, Einiges Russland herauszufordern – am bekanntesten wurde dabei Alexej Tschaly, der selbsternannte »Volksbürgermeister« von Sewastopol, der federführend an der Loslösung von der Ukraine mitgewirkt hat. Seitdem ist Tschaly ein Dorn im Auge lokaler Autoritäten und vor allem von Einiges Russland-Politikern, denen er vorwirft, die Träume der »Revolution« enttäuscht zu haben. Seine Petition an den Kreml, die Korruption auf der Krim dokumentiert, zwang Präsident Putin zu dem ungewöhnlichen Schritt der Einberufung eines Treffens regionaler Führungsfiguren. Seit seinem Austritt aus dem Sewastopoler Stadtrat 2015 versuchte Tschaly, führende externe Regierungsvertreter zu Aktionen zu bewegen – er hat sogar versucht, ein Referendum zu organisieren, in dem das Volk entscheiden sollte, ob es seinen regionalen Gouverneur wählt oder nicht.

Im Dumawahlkampf stellte Tschaly die immense Unterstützung durch seine Popularität in den Diensten der Kandidaten der »Partei des Wachstums« Oleg Nikolaew. Nikolaew, ein erfolgreicher Geschäftsmann aus Sewastopol, hatte zuvor die lokale Niederlassung von Delovaja Rossija geleitet, eines landesweiten Unternehmerverbands unter der Leitung des Ombudsmanns Boris Titow. Als Titow mit der Gründung der Partei des Wachstums in die Politik wechselte, galt Nikolaew als einer seiner Kandidaten mit den besten Aussichten auf einen Sitz in der Duma. Tschalys enorme Popularität belebte Nikolaews Wahlkampf um einen Dumasitz für Sewastopol und trug dazu bei, viele Bürger zu aktivieren, die enttäuscht vom Umfang der seit der Annexion durchgeführten Reformen waren.

Die andere entscheidende Frage für den Dumawahlkampf betraf die Minderheit der Krimtataren, etwa 13 Prozent der Bevölkerung, denen seit 2014 erhebliche politische Repression widerfahren ist (s. Dokumentation auf S. 18–19). Prominente Führungsfiguren der Krimtataren lehnten die Annexion ab und fanden sich daraufhin für fünf Jahre im Exil wieder. Die Behörden haben auch die Arbeit der parlamentarischen Vertretung der Tataren, des Medschlis, verboten. Für seine Abgeordneten wurde der Zugang zu den Massenmedien sowie die Möglichkeit, dort präsent zu sein, eingeschränkt, außerdem wurde für sie die Möglichkeit, öffentliche Demonstrationen und Fundraisings zu organisieren, beschnitten. Führende Aktivisten der Krimtataren erklärten daraufhin, die Staatsdumawahlen boy-

kottieren zu wollen und beriefen sich zur Begründung auf ihre schlechte Behandlung durch die Regierung.

Jene Krimtataren, die parlamentarische Vertreter wählen wollten, die ihre Ablehnung der Annexion teilten, hatten bei den Dumawahlen wenig Auswahl. Systemkritische Oppositionsparteien wie Parnas und Jabloko boykottierten die Wahlen auf der Krim weitgehend. Mit Führungsfiguren, die sich offiziell für die Rückkehr der Region zur Ukraine aussprachen, kämpften sie einen schweren, wenn nicht aussichtslosen Kampf gegen den Durchschnittswähler, der noch immer verliebt in die Annexion ist. Wenn es eine Gemeinsamkeit der Kandidaten aller Parteien gegeben hat, dann ihr unerschütterliches Bekenntnis zu einer ordnungsgemäßen Integration der Halbinsel in Russland. Was sie unterschied, waren die Persönlichkeiten, die zur Gestaltung dieses Übergangs jeweils vorgeschickt werden sollten.

Dominanz von Einiges Russland

Der gemeinsame Wahltag, der 18. September 2016, verlief sehr unspektakulär. Die offizielle Wahlbeteiligung wurde für die Krim mit 42,4 Prozent und für Sewastopol mit 40,3 Prozent angegeben. Diese Zahlen sind vergleichbar mit denen im Rest Russlands, wo es die niedrigste Wahlbeteiligung der Postsowjetzeit gab. Trotzdem erkannte der größte Teil der westlichen internationalen Gemeinschaft die Legitimität der Ergebnisse auf der Krim nicht an. Die USA, Frankreich und Deutschland erklärten die Wahlen für rechtswidrig, die wichtigste Wahlbeobachtungsorganisation – das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE – lehnte es ab, Wahlbeobachter auf die Krim zu entsenden.

Inwieweit die Wahlen ordnungsgemäß verlaufen sind, lässt sich aufgrund dieses Fehlens internationaler Beobachter schwer abschätzen. Journalisten und inoffizielle Beobachter haben jedoch Verstöße festgestellt. So gab es beispielweise Berichte über öffentliche Angestellte, die unter Druck gesetzt worden sein sollen, für die regierende Partei zu stimmen. Die Direktorin des berühmten Weinguts Massandra außerhalb von Jalta, Janina Pawlenko, berief eine Versammlung ein, um Angestellte auszuzeichnen, die den Kandidaten von Einiges Russland in diesem Bezirk öffentlich unterstützen. Zudem kamen in großem Ausmaß öffentliche Mittel zugunsten von Einiges Russland zum Einsatz. Kandidaten der Partei wurden beim Zugang zum Rundfunk stark bevorzugt und die Partei überzog die Region mit Wahlplakaten. In Armjansk verteilten Beamte sogar Smartphones an Wähler, um einen Anreiz zu schaffen, zur Wahl zu gehen.

Letztendlich gingen die Wahlen weitgehend wie erwartet aus. Einiges Russland erhielt 72,8 Prozent der Stimmen, damit konnten vier seiner Kandidaten in die

Staatsduma einziehen. Einer von ihnen sollte eigentlich Ministerpräsident Sergej Aksjonow sein. Dessen Gang nach Moskau hätte aber eine klaffende Lücke in der oberen Regierungsrunde hinterlassen. Aksjonow verweigerte deshalb die Annahme seines Mandats und räumte seinen Platz für die Generalstaatsanwältin Natalia Poklonskaja, deren Rolle während der Annexion sie zu einer nationalen Berühmtheit gemacht hat. Kommunisten und LDPR landeten weit abgeschlagen hinter Einiges Russland, beide erhielten etwas mehr als 13 Prozent der Stimmen für Parteilisten. Die Kandidaten von Einiges Russland – der Sprecher, der Stellvertretende Sprecher und der Kulturausschussvorsitzende des Krim-Staatsrats – gewannen alle drei Einzelwahlkreise der Republik Krim.

Der Sitz für den Einzelwahlkreis Sewastopol war deutlich heftiger umkämpft. Letzten Endes gewann ihn Dmitri Belik mit 33,8 Prozent der Stimmen, der Kandidat von Einiges Russland und ebenfalls ein ehemaliger Funktionär der Partei der Regionen. Er warf damit Nikolaew (Partei des Wachstums) und den kommunistischen Kandidaten Nikolaj Komojedow aus dem Rennen, einen ehemaligen Kommandeur der Schwarzmeerflotte. Dieses Ergebnis war keinesfalls klar absehbar gewesen. Eine verbreitete Missbilligung der mangelnden Kontrolle von Straßenbauplänen und der Vergabe begehrter Grundstücke durch Vertreter von Einiges Russland hatte viele veranlasst, bei einem Sieg Nikolaews Turbulenzen zu erwarten. Doch Einiges Russland ließ seinen Parteiapparat auf Hochtouren laufen und in der Folge hagelte es Anschuldigungen gegen den letztendlichen Gewinner, schmutzige Tricks angewendet zu haben.

Statistische Analyse

Eine Eigenheit der Wahlverwaltung auf der Krim ermöglicht eine tiefgehende Analyse der Wahlergebnisse. Im Zuge des Integrationsprozesses in die Zentrale Russische Wahlkommission übernahmen die lokalen Behördenvertreter auf der Krim größtenteils die Bezirke aus der Zeit, als die Halbinsel zur Ukraine gehörte. Ein einfacher Vergleich der beiden Wahlbezirkslisten ergibt eine sehr weitgehende Überschneidung dieser für die beiden Wahlen. Von den 1.398 Wahlbezirken für die Republik Krim und Sewastopol bei den russischen Staatsdumawahlen waren 1.258 (90 Prozent) von den ukrainischen Werchowna Rada-Wahlen von 2012 übernommen worden. Damit ist ein einzigartiger Einblick in die Entwicklung des Wahlverhaltens auf der Krim nach der Annexion möglich.

Zum ersten gab es zwischen 2012 und 2016 einen Rückgang der Wahlbeteiligung um etwa zehn Prozent. Teilweise lässt sich dieser auf Stromausfälle in etlichen Bezirken zurückführen. Das fehlende Interesse der Wähler könnte aber auch politischerer Natur sein.

Grafik 1 auf S. 16 lässt vermuten, dass der Boykott der Krimtataren die Wahlbeteiligung in den Gegenden gesenkt hat, in denen die Minderheit stark konzentriert vorhanden ist – etwa in Bachtschyssaraj (44,6 Prozent) und im Bezirk Simferopolskij (47,6 Prozent). Die Platzierung des Krimtataren Ruslan Balbek auf der Liste von Einiges Russland (und sein anschließender Einzug in die Duma) hat möglicherweise die Fähigkeit dieser Gruppe unterminiert, vereint hinter dem Boykott zu stehen. Außerdem war die Wahlbeteiligung in Küstenstädten generell niedrig, dort sind die Bürger am härtesten vom Rückgang des Tourismus betroffen. Der Anteil von Einiges Russland war in Gegenden mit niedriger Wahlbeteiligung kleiner, wie Grafik 2 auf S. 17 zeigt.

Die Behörden wendeten wohl auch einige Tricks zur Beeinflussung der Wahlbeteiligung an. Grafik 3 auf S. 17 zeigt die Verteilung der Wahlbeteiligung über die Wahlbezirke der Krim. Besonders ins Auge springt der Balken ganz rechts, der eine ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung in einigen Bezirken anzeigt. 45 Wahlbezirke verzeichneten eine Wahlbeteiligung von über 95 Prozent, wobei hier in Krankenhäusern, Schulen und in staatlich finanzierten Institutionen abgestimmt werden konnte. In diesen Bezirken war die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit niedriger – bei den Wahlen zur Werchowna Rada 2012 lag sie durchschnittlich bei 54 Prozent.

Schließlich ist noch interessant, wie die Wähler auf der Krim die neuen russischen Parteien angenommen haben, nachdem sie sich zuvor jahrelang an der ukrainischen Politik beteiligt hatten. Tabelle 1 auf S. 18 zeigt die Wählerwanderung von den ukrainischen zu den russischen Parteien für alle Wahlkreise, also die einfache Korrelation zwischen dem Stimmanteil der großen ukrainischen Parteien von 2012 (Spalten) und dem Stimmanteil der großen russischen Parteien, der 2016 in den gleichen Wahlkreisen erreicht wurde (Zeilen).

Wie erwartet, konnte Einiges Russland viele Wähler ansprechen, die bei den ukrainischen Nationalwahlen 2012 die Partei der Regionen gewählt hatten. Außerdem wurde die Partei allerdings von ehemaligen Unterstützern der Allukrainischen Vereinigung Vaterland gewählt, der Partei der ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Ihre Führungsfigur war 2012 Arsenij Jazenjuk, der später der erste Postmaiden-Ministerpräsident der Ukraine wurde. Der Ansatz von Einiges Russland, über das Erbe der Partei der Regionen hinauszugehen, ermöglichte es ihr, die Stimmen von Wählern zu bekommen, die bisher für den Haupttrivlen der Partei der Regionen votiert hatten.

Andererseits teilten LDPR und KPRF letzten Endes die nationalistischen und kommunistischen Wählerstimmen untereinander auf. Die LDPR richtete sich explizit an russische Nationalisten, genau wie ihr Anführer

rer Wladimir Schirinowsky. Wähler, die 2012 den Russischen Block gewählt hatten (der die Annexion schon früh stark unterstützt hatte und nun in der Ukraine verboten ist), wendeten sich von Einiges Russland ab – und der provokativeren Rhetorik der beiden Parteien bezüglich einer Rückkehr der Krim zu ihren glorreichen Tagen in der Sowjetunion zu. Und zuletzt: Die geringe Unterstützung für Jabloko und Parnas – die beiden wichtigsten systemkritischen Parteien, die zur Dumawahl angetreten sind – kam hauptsächlich von ehemaligen Unterstützern der Ukrainischen Demokratischen Reformallianz (UDAR), die 2012 gegen Korruption und für eine proeuropäische Ausrichtung der Ukraine angetreten war.

Ausblick

Insgesamt gab es bei den Wahlen auf der Krim keine großen Überraschungen. Einiges Russland hat in der

entscheidenden Stadt Sewastopol die große Herausforderung gemeistert, sowohl den Einzelwahlkreis zu gewinnen als auch über die Parteilisten. Die anhaltende Unzufriedenheit mit dem Ausmaß der Korruption und der Unfähigkeit, strukturelle wirtschaftliche Probleme zu lösen, könnte für die Kandidaten von Einiges Russland jedoch langfristig eine Gefahr darstellen. Nach der russischen Annexion mehrten sich große Erwartungen an eine glücklichen Zukunft, hinter denen die Realität leider in mehrfacher Hinsicht zurückgeblieben ist. Die kaum vorhandene Erfahrung der politischen Parteien des russischen Kernlands mit der Arbeit auf der Krim könnte zu deren Öffnung für lokale Politiker führen, die einen anderen Weg in die Zukunft versprechen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

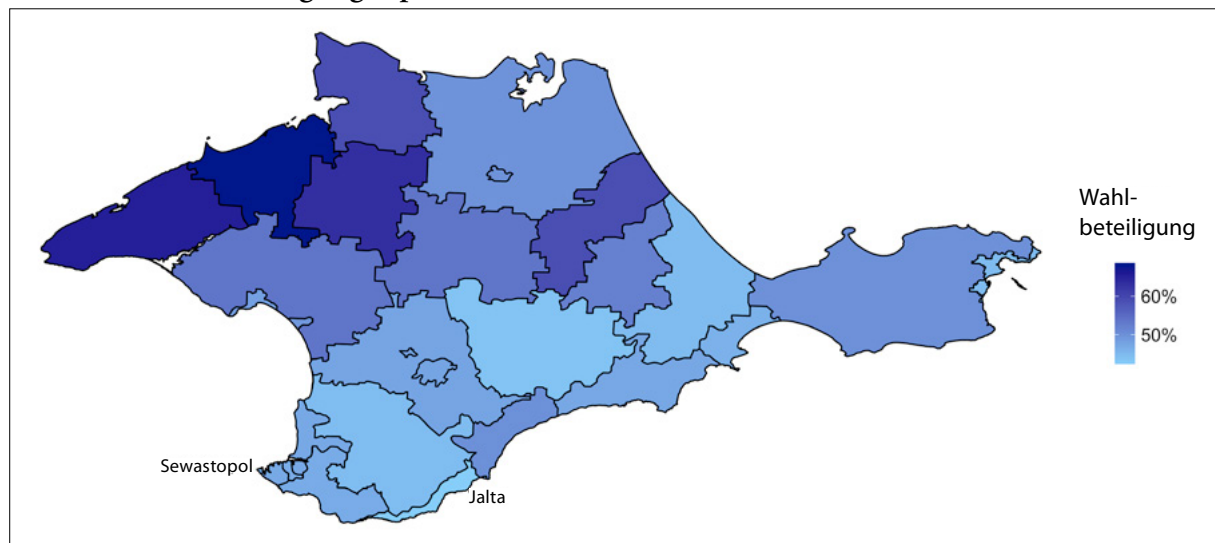
David Szakonyi ist Assistant Professor für Politikwissenschaft an der George Washington University.

Das englischsprachige Original des vorliegenden Beitrags wird in Kürze in der Ausgabe Nr. 203 des Russian Analytical Digest erscheinen, <<http://www.css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest.html>>

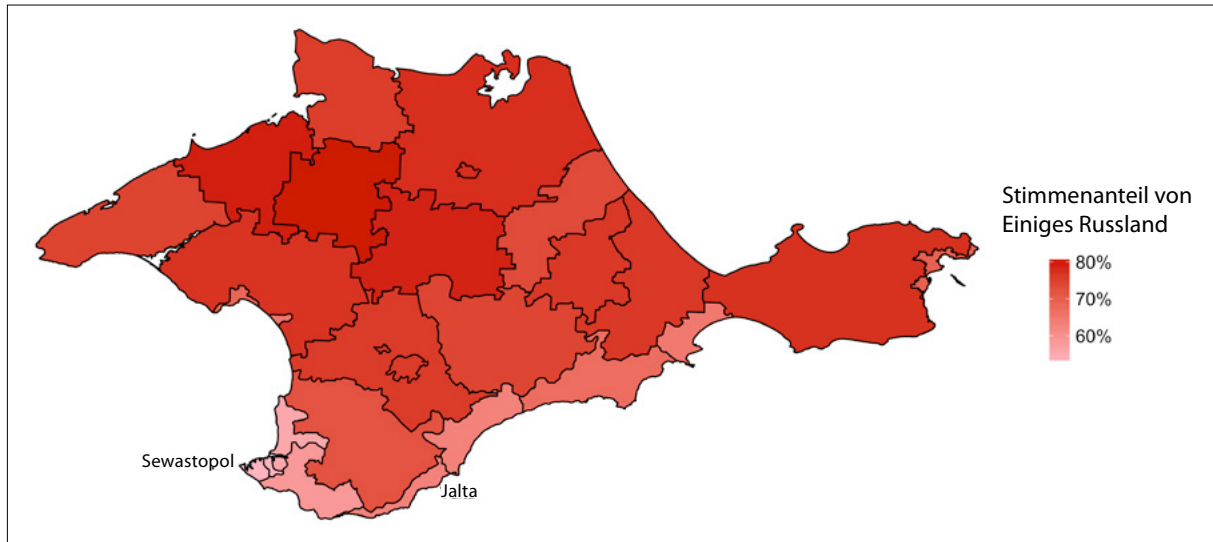
TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Statistiken zu den Wahlen auf der Krim

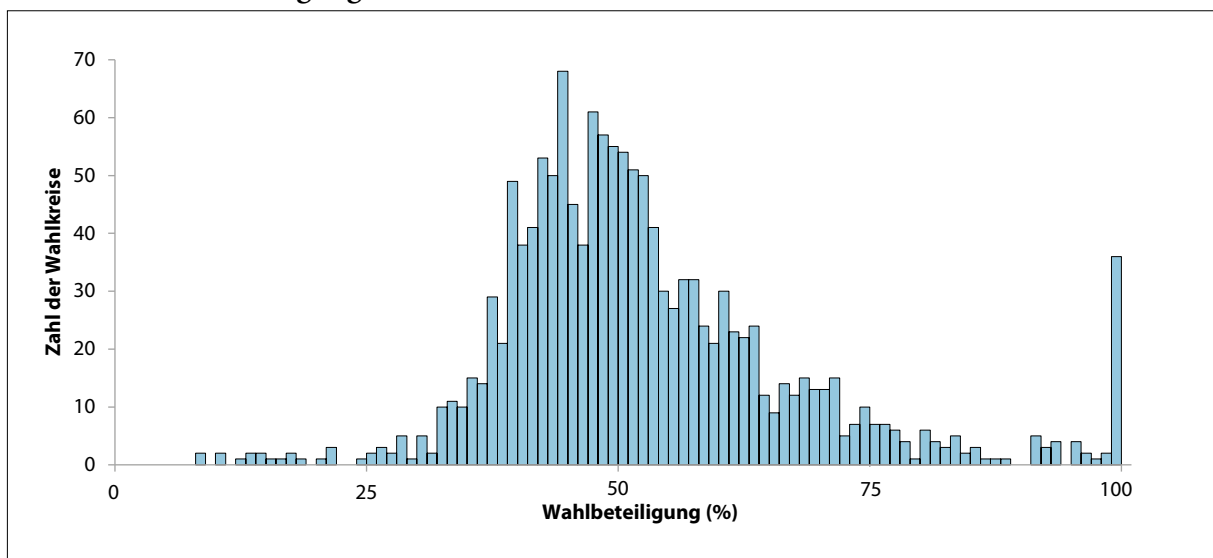
Grafik 1: Wahlbeteiligung September 2016



Quelle: Karte erstellt von David Szakonyi mit Daten der russischen Zentralen Wahlkommission <<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom>>

Grafik 2: Anteil von Einiges Russland bei den Wahlen vom September 2016

Quelle: Karte erstellt von David Szakonyi mit Daten der russischen Zentralen Wahlkommission <<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom>>

Grafik 3: Wahlbeteiligung in Wahlkreisen

Quelle: Berechnungen von David Szakonyi mit Daten der russischen Zentralen Wahlkommission <<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom>>

Tabelle 1: Wählerwanderung (Korrelation) – Werchowna Rada-Wahlen 2012 und Staatsdumawahlen 2016

Russische Parteien (2016)	Ukrainische Parteien (2012)				
	Partei der Regionen	Allukrainische Vereinigung Vaterland	UDAR	Kommunistische Partei (Ukraine)	Russischer Block
Einiges Russland	0,373	0,302	0,08	-0,737	-3,38
LDPR	-0,057	-0,206	-0,037	0,302	1,03
Kommunistische Partei (Russland)	-0,095	-0,132	-0,159	0,288	1,13
Gerechtes Russland	-0,038	-0,047	-0,093	0,107	0,532
Jabloko / PARNAS	-0,017	0,017	0,045	-0,012	-0,005

Quelle: Berechnungen von David Szakonyi mit Daten der russischen Zentralen Wahlkommission <<http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom>> und der ukrainischen Zentralen Wahlkommission <<http://www.cvk.gov.ua/>>

DOKUMENTATION

Die jüngsten Resolutionen der internationalen Organisationen zu den Menschenrechtsverletzungen auf der Krim

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. März 2017 zu den ukrainischen Gefangenen in Russland und der Lage auf der Krim

(Auszüge, Hervorhebung durch die Redaktion der Ukraine-Analysen)

(...) D. in der Erwägung, dass Menschenrechtsorganisationen und öffentlichen Quellen zufolge mindestens 62 ukrainische Staatsbürger, von denen 49 auf der Krim wohnhaft sind, aus politischen Gründen rechtswidrig von den russischen Strafverfolgungsbehörden belangt wurden; in der Erwägung, dass die Zahl der ukrainischen politischen Gefangenen in Russland 2016 trotz der erfreulichen Freilassung von sechs Ukrainern zugenommen hat; in der Erwägung, dass derzeit 17 Staatsbürger der Ukraine in der Russischen Föderation und 15 auf der besetzten Krim rechtswidrig inhaftiert sind; in der Erwägung, dass von Russland unterstützte Separatistentruppen in den ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk mindestens 100 Ukrainer unter entsetzlichen Bedingungen als Geiseln festhalten;

E. in der Erwägung, dass in mehreren Fällen von Folter und grausamen und erniedrigenden Behandlungen berichtet wurde; in der Erwägung, dass diesen Behauptungen bislang nicht angemessen nachgegangen wurde; in der Erwägung, dass gefoltert wurde, um Geständnisse zu erhalten und falsche Schuldbeweise zu untermauern; in der Erwägung, dass Anwälte auf der Krim, die den Betroffenen rechtlichen Beistand leisten, Menschenrechtsverteidiger, die Fälle politisch motivierter Verschleppungen auf der Krim publik machen, sowie Journalisten, die über die Lage der Krimtataren berichten, ebenfalls angegangen werden;

(...) 4. fordert Russland auf, unverzüglich alle in Russland und in den zeitweilig besetzten Gebieten der Ukraine illegal und willkürlich gefangengehaltenen ukrainischen Staatsbürger – darunter Mykola Karpjuk, Stanislaw Klych, Olexander Koltschenko, Oleh Senzow, Olexij Tschyrnyj, Olexander Kostenko, Serhij Lytwynow, Walentyn Wyhowskyj, Wiktor Schur, Andrij Kolomijez, Ruslan Zeytullayev, Nuri Primov, Rüstem Vaitov, Ferrat Sayfullayev, Ahtem Çiygöz, Mustafa Degermenci, Ali Asanov, Enver Bekirov, Muslim Aliyev, Wadim Siruk, Arsen Dschepparow, Refat Alimov, Zevri Abseitov, Remzi Memetov, Rustem Abiltarov, Enver Mamutov, Artur Panow, Jewhen Panow, Roman Suschtschenko und der Menschenrechtsverteidiger Emir Üsein Kuku sowie weitere Personen – freizulassen und für

ihre sichere Heimkehr zu sorgen, und es den genannten Personen, einschließlich Mykola Semena, der für seine journalistische Tätigkeit für Radio Free Europe/Radio Liberty strafrechtlich verfolgt wird, zu gestatten, frei zu reisen; (...)

Quelle: <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0087+0+DOC+XML+V0//DE>>

Für weitere Informationen über die politischen Gefangenen in Russland siehe:

Initiative des EuromaidanSOS "LetMyPeopleGo" (auf Englisch): <<http://letmypeoplego.org.ua/>>, <<http://noeurovisionfor.org/>>

Andere Resolutionen internationaler Organisationen zum Thema:

Europarat, 12.10.2016

Parliamentary Assembly of the Council of Europe Resolution 2133 (2016), Legal remedies for human rights violations on the Ukrainian territories outside the control of the Ukrainian authorities, 12 October 2016, <<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=23167&lang=en>>

UNO, 19.12.2016

United Nations General Assembly resolution 71/205, UN doc. A/RES/71/205, Situation of Human Rights in the Autonomous Republic of Crimea and the City of Sevastopol (Ukraine) (19 December 2016), <http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/71/205>

Urteil des Internationalen Gerichtshofs der UNO: Russland soll Diskriminierung auf der Krim beenden (19.04.2017)

Am 16. Januar 2017 hat die Ukraine Russland vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag verklagt. Zwei Forderungen wurden aufgestellt: Die sofortige Ergreifung von Maßnahmen gegen die russische Aggression in der Ostukraine und gegen die Diskriminierung der Tataren und der Ukrainer auf der Krim.

Wir dokumentieren hier das Urteil des Gerichts vom 19. April 2017 zur Situation auf der Krim.

Zu den Hintergründen der Entscheidung siehe folgende Dokumentationen:

- Die Lage der Menschenrechte auf der Krim – [Ukraine-Analysen 158](#) (28.10.2015), S. 14–16.
- Politisch motivierte Prozesse gegen Ukrainer und Krimtataren in Russland und auf der Krim – [Ukraine-Analysen 166](#) (13.04.2016), S. 24–28.
- Menschenrechtssituation auf der Krim (einschließlich der internationalen Reaktionen auf das Verbot des Medschlis des krimtatarischen Volkes) – [Ukraine-Analysen 167](#) (27.04.2016), S. 16–24.
- Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Annexion der Krim – [Ukraine-Analysen 176](#) (23.11.2016), S. 9–10.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

4. Conclusion and measures to be adopted

The Court concludes from all of the above considerations that the conditions required by its Statute for it to indicate provisional measures in respect of CERD [Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination] are met. In order to protect the rights claimed by Ukraine, it is therefore appropriate for it to indicate the following measures:

“(1) With regard to the situation in Crimea, the Russian Federation must, in accordance with its obligations under the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination,

(a) By thirteen votes to three,

Refrain from maintaining or imposing limitations on the ability of the Crimean Tatar community to conserve its representative institutions, including the Mejlis;

(b) Unanimously,

Ensure the availability of education in the Ukrainian language;

(2) Unanimously,

Both Parties shall refrain from any action which might aggravate or extend the dispute before the Court or make it more difficult to resolve.”

Quelle: *International Court of Justice, Press Release No. 2017/15, 19.04.2017*, <<http://www.icj-cij.org/docket/files/166/19412.pdf>>

Drohende Wasserkrise auf der Krim

KrymSOS: Crimea rapidly running out of fresh water supplies (15.05.2017)

The shutdown of chemical plants will have hideous consequences for the peninsula.

The fresh water supplies necessary for the functioning of the chemical plants in the north of the occupied Crimea will be enough for two more years, and then the enterprises could shut down.

“Minister” of the industrial policy of the Crimea Andrii Vasiuta said this, znaj.ua informs with a reference to the local media.

Vasiuta believes that the shutdown of the chemical plants would have hideous consequences for the peninsula.

The representative of the occupying authorities informed that there were several options of solving this issue:

- drilling of new artesian wells and construction of a desalination plant;
- supplying water from the territory of mainland Russia or resume of functioning of the North-Crimean Canal.

At the same time, according to the “Minister”, the two latter options seem unlikely.

“As for the desalination plant, I think we would have to come to this anyway in the near future. Although this is not the cheapest variant. It will cost us some 40–50 billion rubles”,—Vasiuta clarified.

Vasiuta added that the implementation of this project would secure 100% water supply of the plants and satisfy 50% of the needs of the North Crimea.

The “Crimea Development Corporation” is looking for an investor for this project, with no results so far.

Important to note, the population of the Northern areas of the Crimea could face transmigration due to the lack of fresh water. Chairman of the organization “Clean Shore.Crimea” Volodymyr Harnachuk thinks so. He clarifies that the situation with the fresh water in the peninsula remains uncertain.

Quelle: <<http://krymsos.com/en/news/u-krimu-strimko-zakinchuyutsya-zapasi-prisnoyi-vodi/>>

8. – 21. Mai 2017

08.05.2017	Der Chef der OSZE-Beobachtermission Ertuğrul Apakan verurteilt die verbale sexuelle Belästigung einer Mitarbeiterin der OSZE-Mission durch einen bewaffneten Angehörigen der Streitkräfte der »Volksrepublik Donezk«. Nach Angaben der OSZE hatte der Vorfall am 5. Mai 2017 stattgefunden. Apakan fordert eine Reaktion von Seiten der Führung der »Volksrepublik«.
08.05.2017	Präsident Petro Poroschenko ruft zur Reaktivierung des Normandie-Formates auf, in dem Russland, die Ukraine, Frankreich und Deutschland über den Konflikt im Donbass verhandeln.
09.05.2017	Am 9. Mai, an dem in Russland und einigen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken traditionell der Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland gefeiert wird, kommt es zu Verhaftungen und Zusammenstößen von Demonstranten in mehreren Städten der Ukraine. In Odessa werden vier Menschen wegen öffentlicher Zurschaustellung von sowjetischer Symbolik festgenommen. Seit dem Jahr 2015 gilt in der Ukraine ein Verbot kommunistischer und nationalsozialistischer Symbolik in der Öffentlichkeit. In Dnipro (ehemals Dnipropetrowsk) werden 15 Menschen festgenommen, die verdächtigt werden, an Ausschreitungen beteiligt gewesen zu sein. Dort waren Teilnehmer der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee mit unbekanntem jungen Männern in Sportkleidung zusammengestoßen. Die Sozialistische Partei, die dort ebenfalls demonstriert, wird von Sicherheitskräften aufgefordert, ihre Symbolik abzulegen. Auch in Charkiw kommt es zu kleineren Zusammenstößen zwischen Demonstranten verschiedener Richtungen. In Mariupol berichten Teilnehmer der Gedenkveranstaltung »Unsterbliches Regiment« von Angriffen seitens proukrainischer Aktivisten, die den Teilnehmern ihre Georgsbänder entrissen und zum Teil verbrannt hätten.
10.05.2017	Nach den Ausschreitungen zum 9. Mai in Dnipro (ehemals Dnipropetrowsk) beklagt der Bürgermeister der Stadt, Boris Filatow, auf seiner Facebook-Seite, dass die Polizei der Stadt vollkommen korrupt sei. Dies führe dazu, dass »Vandalismus«, wie etwa der organisierte Diebstahl von Aufzug- und Telefonkabeln, nicht aufgeklärt werden könne. Er habe für den Umgang mit diesem Problem Hilfe beim Inlandsgeheimdienst und bei der Staatsanwaltschaft gesucht, aber keine Unterstützung erhalten.
10.05.2017	Der Journalist Dmytro Gnap, einer der Autoren eines Dokumentarfilms über die Ermordung des Journalisten Pawlo Scheremet im Jahr 2016, erhebt bei der Präsentation des Films Vorwürfe gegen den Inlandsgeheimdienst SBU. Einige Videoaufnahmen von einer Überwachungskamera am Ort des Geschehens seien nicht zur Polizei gelangt, weil der SBU die Server des Geschäfts, zu dem die Kamera gehörte, eingezogen und sie teils noch nicht zurückgegeben, teils die Daten vor der Rückgabe der Geräte gelöscht habe.
11.05.2017	Der Ministerrat der EU bestätigt das Abkommen zur Visaliberalisierung mit der Ukraine. Es soll am 11. Juni in Kraft treten. In einem Kommentar erklärt Präsident Petro Poroschenko, dieser Schritt bestätige abschließend die Trennung der Ukraine vom »russischen Imperium«.
12.05.2017	Irina Heraschtschenko, die Vertreterin der Ukraine in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen der trilateralen Kontaktgruppe im Rahmen der Minsker Verhandlungen, warnt vor ökologischen Risiken auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet der Ostukraine. Insbesondere die Unternehmen, die gesundheitsgefährdende Stoffe verarbeiten, sollten dringend von internationalen Experten begutachtet werden. Ein weiteres Risiko stelle die Flutung einiger Kohleminen dar.
12.05.2017	Ein Kiewer Berufungsgericht bestätigt die vorinstanzliche Entscheidung darüber, dass der ehemalige Abgeordnete Mykola Martynenko auf Basis einer Bürgerschaft mehrerer Abgeordneter und Minister nicht in Untersuchungshaft muss. Martynenko wird der Veruntreuung von Haushaltsmitteln verdächtigt.
12.05.2017	Oleh Senjuk wird zum neuen Militärstaatsanwalt der in der »Anti-Terror-Operation« eingesetzten Streitkräfte der Ukraine ernannt.
13.05.2017	Beim Beschuss der von der Ukraine kontrollierten Stadt Awdijiwka kommen nach ukrainischen Angaben vier Zivilisten ums Leben. Die OSZE-Beobachtermission berichtet, diese Angaben seien von der ukrainischen Polizei und später auch von Mitarbeitern eines Krankenhauses gemacht worden.
14.05.2017	Bei einer Pressekonferenz erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass die Gewinnsteigerung der mehrheitlich in seinem Besitz befindlichen »Internationalen Investitionsbank« um 278 % nicht durch Staatsaufträge zustande gekommen sei.

15.05.2017	Der Parlamentsausschuss für Verfahrensfragen fordert, dem fraktionslosen Abgeordneten Andrij Artemenko das Mandat zu entziehen. Präsident Petro Poroschenko hatte Artemenko im April 2017 die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen, da bekannt geworden war, dass dieser auch die Staatsbürgerschaft Kanadas besitzt. Eine doppelte Staatsbürgerschaft ist gesetzlich untersagt. Artemenko steht in der Kritik, da er an einem umstrittenen Plan beteiligt war, der zur Lösung des Konflikts mit Russland vorgesehen hatte, die Krim für mehrere Jahrzehnte an Russland zu verpachten. Die Radikale Partei hatte Artemenko daraufhin aus ihrer Fraktion ausgeschlossen.
15.05.2017	Nach Angaben des staatlichen Statistikdienstes ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 2,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen.
16.05.2017	Präsident Petro Poroschenko erlässt Sanktionen gegen mehrere russische Online-Unternehmen. Darunter sind die sozialen Netzwerke VKontakte und Odnoklassniki sowie die Suchmaschine Yandex und der E-Mail-Provider Mail.ru. Die Seiten werden ab dem 1. Juni 2017 in der Ukraine gesperrt. Als Begründung gibt Poroschenko an, der russische Inlandsgeheimdienst FSB habe Zugriff auf die in den Netzwerken generierten Daten, die Sperrung sei daher eine sicherheitsrelevante Maßnahme.
16.05.2017	Nachdem der zuständige Parlamentsausschuss am 15. Mai 2017 das Plenum dazu aufgefordert hatte, dem fraktionslosen Abgeordneten Andrij Artemenko das Mandat zu entziehen, stimmen 244 Abgeordnete dafür. Artemenko verliert damit sein Mandat.
16.05.2017	Präsident Petro Poroschenko erlässt weitere Sanktionen gegen russische Medien. Darunter sind u. a. die Sender TV-Zentr, NTV, Svesda und Ren-TV. Die Sanktionen umfassen eine Blockade der Finanzmittel der Sender in der Ukraine, die Einstellung der technischen Serviceleistungen für die Sender sowie eine Einschränkung oder Unterbrechung ihrer Möglichkeit, öffentliche Netze zu nutzen.
16.05.2017	Das Parlament verabschiedet ein Verbot der Herstellung und der öffentlichen Zurschaustellung des Georgsbandes. Parlamentssprecher Andrij Parubij erklärt, das Band sei zum »Symbol der russischen Aggression« gegen die Ukraine geworden. Ausgenommen von dem Verbot ist das Tragen des Bandes an Orden aus der Zeit der Sowjetunion und solchen, die in der unabhängigen Ukraine im Zusammenhang mit dem Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland verliehen wurden.
17.05.2017	Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland äußert sich kritisch zur Sperrung russischer Internetseiten in der Ukraine. Unter das am Vortag erlassene Verbot fallen die weit verbreiteten sozialen Medien VKontakte und Odnoklassniki, die Suchmaschine Yandex und der E-Mail-Provider Mail.ru. Außerdem wurden zahlreiche Nachrichtensender und -webseiten mit Sanktionen belegt. Jagland erklärt, diese Maßnahmen stünden im Widerspruch zu dem gemeinsamen Verständnis von Meinungs- und Pressefreiheit und seien daher unverhältnismäßig. Die NATO erklärt dagegen in einer Stellungnahme, die Maßnahmen seien aus Sicherheitsgründen erlassen worden und keine Frage der Meinungsfreiheit.
18.05.2017	In Charkiw attackieren etwa 30 verummte Personen eine Veranstaltung von LGBT-Aktivisten. Dabei werden zwei Polizisten verletzt.
18.05.2017	In einer Erklärung kritisiert das US-Außenministerium die Blockade weit verbreiteter russischer Medien in der Ukraine. Die Ukraine müsse Wege finden, ihre nationalen Sicherheitsinteressen auf eine Art und Weise zu schützen, die Verfassungsprinzipien wie der Meinungsfreiheit nicht im Wege stehe. Am Folgetag äußert sich die Vertretung der EU in der Ukraine ähnlich. Man verstehe, dass die Wahrung der nationalen Sicherheit in der Ukraine Priorität habe, es müsse aber sichergestellt bleiben, dass dies nicht zulasten des Grundrechts auf Meinungsfreiheit gehe.
18.05.2017	Auch nach mehreren Versuchen gelingt es im Parlament nicht, die erforderliche Mehrheit für ein Gesetz zusammenzubringen, das persönliche Sanktionen gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und 20 seiner engsten Vertrauten vorsieht. Auf der Sanktionsliste stehen neben Janukowytsch unter anderem der ehemalige Ministerpräsident Mykola Asarow und der ehemalige Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka.
18.05.2017	Das Parlament nimmt das im November 2015 verabschiedete sogenannte Sawtschenko-Gesetz zurück. Diese Änderung des Strafrechts hatte vorgesehen, dass jeder Tag, den ein gerichtlich verurteilter Straftäter vor dem Urteil in Untersuchungshaft verbracht hat, doppelt auf die zu verbüßende Freiheitsstrafe angerechnet wird. Das Gesetz war im Zusammenhang mit dem Fall der in Russland verurteilten Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko erlassen worden. Zur Begründung der Rücknahme des Gesetzes erklärt der Abgeordnete Anton Jazenko, dass die aufgrund des Gesetzes früher entlassenen Straftäter häufig erneut Straftaten begangen hätten.
19.05.2017	Die für die so genannte euroatlantische Integration zuständige stellvertretende Ministerpräsidentin Iwanna Klimpusch-Zinzadse erklärt, die Ukraine habe zwar das strategische Ziel der NATO-Mitgliedschaft, sei aber noch nicht bereit, einen Mitgliedsantrag zu stellen. Auch die NATO würde einen solchen Schritt zurzeit nicht unterstützen.

19.05.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft meldet die Verhaftung eines Mitarbeiters der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft, der Bestechungsgeld in Höhe von 150.000 US-Dollar angenommen habe. Das Geld habe er für die Einstellung von Ermittlungen gegen einen Kiewer Restaurantbesitzer erhalten. Die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft weist die Aussage zurück. Kein Mitarbeiter sei verhaftet worden. Beide Institutionen liegen seit längerem im Streit.
20.05.2017	Russland legt bei der Welthandelsorganisation WTO Beschwerde gegen die Handelssanktionen ein, die die Ukraine seit 2014 gegen Russland erlassen hat. Verschiedene russische Produkte, darunter Milchprodukte und Spirituosen, dürfen nicht mehr eingeführt werden. Auch dürfen russische Firmen nicht an Privatisierungen teilnehmen. Beides verstoße laut dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Maxim Oreschkin, gegen die Regeln der WTO.
21.05.2017	In Kiew werfen Unbekannte eine Granate in ein ebenerdiges Büro des Kongresses Ukrainischer Nationalisten. Niemand wird verletzt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>